

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, [luchs@schatten-kabinett.ch](mailto:luchs@schatten-kabinett.ch)

- Mitglied «Die Mitte» ( [www.die-mitte.ch](http://www.die-mitte.ch) )
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor [www.schatten-kabinett.ch](http://www.schatten-kabinett.ch)
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer [www.acad.jobs](http://www.acad.jobs) : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf [www.schatten-kabinett.ch](http://www.schatten-kabinett.ch) sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Buchbesprechungen ersetzen nicht die Lektüre des Originals. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammenhänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

### Staatliche Förderung von Grosskonzernen

Nein, dies ist keine Forderung von Schatten-Kabinett.ch, sondern alltäglicher Wahnsinn. Es geht hier auch nicht um die leider immer wieder auch in liberalen Kreisen von zupackenden Machern aufgestellte **Forderung nach «Wirtschaftsförderung»**. **Diese lehnen wir ab und bemerken hierzu lediglich, dass man allenfalls von der «Förderung von guten Rahmenbedingungen» sprechen sollte**. Es geht hier und jetzt um eine viel differenziertere Sichtweise: **Grosskonzerne sind durch Staatseingriffe im Vorteil gegenüber den KMU** (Klein- und Mittel-Unternehmen). Warum und wo das alles der Fall ist, was die Folgen sind, wie man dagegen ankämpfen muss und wie man argumentieren sollte, davon handelt dieser kurze Aufsatz.

Warum ist das der Fall:

- In der Politik sind sowohl bei den Linken wie den Bürgerlichen trotz anderslautenden Beteuerungen die folgenden mehr oder weniger *unbewussten* Mechanismen am Werk, welche zu einer KMU-feindlichen und grosskonzernfreundlichen Politik führen:
  - Gewerkschaften haben lieber Grosskonzerne, weil dort die Arbeitnehmer besser organisiert werden können. Zudem haben die dortigen Arbeitnehmer, abgeschottet in einer Abteilung eines Grosskonzerns, ein weltfremderes Verständnis der Wirtschaftswelt und fallen eher auf die linken Argumente herein.
  - Bei den Bürgerlichen wirkt sich aus, dass die Grosskonzerne sich Ihre Vertreter in den Parlamenten leisten können. Vertreter von KMU haben selber kaum Zeit, sich selber in Parlamenten zu engagieren. Vertreter von Grosskonzernen sind kaum sensibilisiert für die Probleme der KMU, wenn sie selber nicht betroffen sind.

Wo ist das der Fall:

- In praktisch allen wirtschaftsrelevanten Politikgebieten kann man diese Ungleichbehandlung von Grosskonzernen und KMU beobachten: Überall dort, wo Gesetze so kompliziert werden, dass man einen juristischen Beistand oder Treuhänder braucht.
- Grosskonzerne haben sowieso Ihre Rechtsabteilungen, KMU müssen bei all diesen Fragen bezahlt Rat einholen. Verhältnismässig fällt das bei KMU mehr in's Gewicht als bei Grosskonzernen.
- Gebiete sind: Arbeitsmarkt, Mietfragen, Bewilligungen aller Art, Konsumentenschutz (ganz neu im Internet: GDPR), Umweltschutz, Energie und Verkehr, Steuern und Abgaben, Vorschriften in der Finanzindustrie, Patente.

Was sind die Folgen:

- Weniger Wettbewerb: Grosskonzerne sind geschützt, KMU behindert. KMU sind aber zentral wichtig für eine lebendige, innovative Wirtschaft.
- Grosskonzerne können (neben dem Staat) dadurch höhere Löhne zahlen; das behindert KMU am Arbeitsmarkt.

Wie kann man dagegen ankämpfen:

- Weniger Vorschriften und Gesetze.
- Wenn überhaupt, dann einfachere Vorschriften und Gesetze.
- Was es ganz sicher nicht braucht, ist eine *aktive* Förderung von KMU durch den Staat. Es braucht einfach allgemein gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, bei welchen in keiner Dimension Strukturpolitik (Branche, Grösse, etc) betrieben wird.
- Marktwirtschaftliche Ansätze, zum Beispiel im Umweltschutz: statt vielen Vorschriften eine höhere CO<sub>2</sub>-Abgabe: die trifft dann Grosskonzerne und KMU genau am richtigen Ort (dort wo CO<sub>2</sub> emittiert wird) und gleich und man muss sich nicht um juristische Details, technische Feinheiten und Umweltfragen kümmern: alles ist einfach in einem höheren Preis entsprechend der Umweltbelastung erledigt. Vorschriften treffen KMU härter.
- Von [www.schatten-kabinett.ch/29](http://www.schatten-kabinett.ch/29) (Wie man (aus liberaler Sicht) eine Vorlage analysiert) folgender Punkt: Wenn mit einer Vorlage der Wettbewerb gefördert werden soll und/oder gegen Monopole vorgegangen werden soll; Kernfrage nach Rothbard: «Warum können andere Unternehmen die gewinnbringende Möglichkeit nicht nutzen und in die Produktion dieses Gutes einsteigen, wobei sie die Möglichkeit eines Monopolpreises eliminieren?». Dort muss man dann richtigerweise ansetzen! Angriffspunkte sind dann
  - Vorlage macht es noch schlimmer (ist meist richtig).
  - Weil vor allem KMU allgemein behindert werden, gibt es allgemein weniger Wettbewerb. Davon handelt *dieser* Artikel!
  - Die konkreten Hindernisse des Markteintritts von anderen Unternehmen benennen (zB unnötige Bewilligungen).

Wie sollte man argumentieren:

- Wann immer Linke Grosskonzerne angreifen: klar sagen, dass es ja der Staat ist und nicht der Markt, der die Grosskonzerne so dominant macht.
- Wenn die Linken Vorschriften im Umweltbereich wollen: für marktwirtschaftliche Ansätze: besser für die KMU und erst noch gesamtwirtschaftlich effizienter.
- Das Herz von Liberalen schlägt im Normalfall für die KMU, für eine grosse Vielfalt der Firmenformen und Wegen, die ausprobiert werden. **Liberale sind aber *nicht gegen* Grosskonzerne.**
- **Wenn die Linken sagen, KMU haben einen schweren Stand gegenüber Grosskonzernen oder es herrscht ja gar kein Wettbewerb: Wind aus den Segeln nehmen: Ja, stimmt, aber wegen dem Staat!**
- **«Jede Firmengründung ist ein krimineller Akt!».** Das ist sicher für viele Linke richtig, bei denen Eigentum Diebstahl ist ☺ . Bringen Sie das als Witz und Aufhänger gleich selber: **es ist heute unmöglich, eine Firma zu gründen, ohne gegen irgendeine Vorschrift/ein Gesetz zu verstossen.**